www.gew-bass.de

# read.me

Zeitung für Studierende

Wintersemester 2011

GEW STUDIS
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Seite 1 Der Herbst wird heiß
Seite 2 Vierzig Jahre Bundesausbildungsförderungsgesetz
Seite 3 Die wichtigsten Fragen zum BAföG-Antrag
Seite 4 Überlegungen zu einem Bildungsgeld
Seite 5 Ein Denkmal für die unbekannte Promovendin
Seite 6 Hochschulautonomie nach den Gesetzen des Marktes
Seite 7 Vitamin Braun
Seite 8 GEW-Seminare für Studentinnen und Studenten

*Studienplatzmangel, Zulassungschaos und miese Betreuungsverhältnisse*

# Der Herbst wird heiß

Foto: picture alliance / dpa

**Schon einmal sollte ein „Studentenberg untertunnelt" werden. Mit ihrem „Öffnungsbeschluss" von 1977 erklärten die Ministerpräsidenten der damaligen Bundesrepublik den drastischen Anstieg der Studierendenzahlen zu einem demografischen Übergangsproblem. Bekanntlich kam es anders: Dem Gipfel folgte ein Hochplateau. Statistisch gesehen teilen sich seitdem zwei Studierende einen Studienplatz.**

35 Jahre später kommt es noch dicker. Die geburtenstarken Jahrgänge der neunziger Jahre strömen an die Hochschulen. Hinzu kommen die Auswirkungen der Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre: In fast allen Bundesländern strömen doppelte Abi-Jahrgänge an die Hochschulen. Unerwartet sorgt außerdem die Aussetzung der Wehrpflicht dafür, dass bis zu 70.000 Studienberechtigte vorzeitig ein Studium aufnehmen möchten.
Inzwischen versuchen Bund und Länder zwar mit dem „Hochschulpakt 2020" gegenzusteuern. Unter Experten gilt es aber als ausgemacht, dass der Hochschulpakt unterfinanziert ist. Die Hochschulrektorenkonferenz geht davon aus, dass allein im Wintersemester 2011/12 Studienplätze für 50.000 Studienanfängerinnen und Studienanfänger fehlen werden. Die Folge: In vielen Studienfächern haben die Hochschulen flächendeckend einen Numerus Clausus verhängt. Viele Studienberechtigte müssen lange Wartezeiten in Kauf nehmen oder weichen gleich in die berufliche Bildung oder ins Ausland aus.

## Organisierte Verantwortungslosigkeit

Doch damit nicht genug: Auch in diesem Wintersemester werden an vielen Hochschulen in zulassungsbeschränkten Studiengängen tausende Studienplätze unbesetzt bleiben – Folge des nicht enden wollenden Zulassungs-Chaos, für das die Länder und die Hochschulrektoren verantwortlich sind. Nur noch in den Studiengängen Pharmazie, Medizin, Zahnmedizin und Tiermedizin werden die Studiengänge zentral vergeben, für alle anderen Studiengänge müssen sich die Studienberechtigten direkt bei der jeweiligen Hochschule bewerben – und tun dies häufig zur Sicherheit gleich mehrfach – wer wollte es ihnen verdenken? Erhalten sie dann auch einen mehrfachen Zuschlag, bleiben begehrte Studienplätze unbesetzt.

## Nadelöhr Masterzugang

Wer einen Studienplatz ergattert hat, muss mit unzumutbaren Studienbedingungen rechnen: überfüllte Hörsäle, fehlende Labor- und Praktikumsplätze, unzureichende Betreuung durch Dozentinnen und Dozenten. An Universitäten liegt das Betreuungsverhältnis zwischen Profs und Studis heute bei 1:60 – selbst das offizielle Bund-Länder-Beratungsgremium Wissenschaftsrat empfiehlt 1:40. Statt in die Lehre fließen die Milliarden über die Exzellenzinitiative in die Förderung der Spitzenforschung an wenigen Elite-Universitäten.
Wenn im Rahmen des Hochschulpakts doch Lehrende eingestellt werden, dann in der Regel nach dem Hire-and-Fire-Prinzip. Sie erhalten Zeitverträge, deren Laufzeit häufig nur wenige Monate beträgt. Zusätzlich müssen Lehrbeauftragte einspringen, die stundenweise bezahlt werden oder gar kein Honorar bekommen – gegen das Versprechen, vielleicht später eine Stelle zu bekommen. Das ist ist nicht nur schlecht für die Lehrenden – auch die Kontinuität und Qualität von Lehre und Studium bleibt auf der Strecke.
Wer sein Bachelorstudium erfolgreich abschließt, steht wiederum vor einem Nadelöhr. In etlichen Studiengängen gibt es viel weniger Master-Studienplätze als Bachelor-Absolventinnen und Absolventen, die weiter studieren möchten. Schlagzeilen machte vor Kurzem die Nachricht aus der Uni Frankfurt am Main, wo selbst die Bachelor Note 1 nicht für den Masterplatz reichte. Selbst wenn es genügend Studienplätze gibt, können die Hochschulen den Zugang zum Masterstudium beschränken und zum Beispiel eine „besondere Eignung" verlangen – das erlauben die Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz ausdrücklich.
Studienplatzmangel, Zulassungschaos, miese Betreuungsverhältnisse, Hire-and-Fire-Prinzip beim Personal Hürden beim Masterzugang – die deutsche Bildungspolitik scheint nichts unversucht zu lassen, studierwilligen Menschen Steine in den Weg zu legen. Dabei ist heute nicht mehr zu bestreiten, dass Deutschland nicht etwa zu viele Akademikerinnen und Akademiker hat, sondern in Zukunft deutlich mehr Studierende und Hochschulabsolventen braucht. In den in der OECD zusammengeschlossenen Industrieländern nehmen im Durchschnitt 59,3 Prozent eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium auf, in Deutschland sind es gerade 39,7 Prozent. „Deutschlands Beitrag zum weltweiten Pool an Talenten schrumpft rapide", warnte daher die OECD in ihrem jüngsten Bericht „Bildung auf einen Blick".

## Heraus zum heißen Herbst!

Eine ganze Generation droht ihrer Zukunftschancen beraubt zu werden. Dagegen setzen sich junge Menschen in Großbritannien, Spanien, Chile und vielen anderen Ländern zur Wehr. Und in Deutschland? Vor zwei Jahren sorgte der Bologna-Frust zu Recht für bundesweite Bildungsproteste. Wenn die Hochschulen jetzt auch noch ihre Tore schließen und die Studienbedingungen verschlechtern – sind das nicht erst viele gute Gründe für einen heißen Herbst?
Die bildungspolitischen Alternativen liegen auf der Hand: Wir brauchen einen wirklich bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau der Hochschulen, die uneingeschränkte Gewährleistung des Rechts auf freie Hochschulzulassung, eine spürbare Verbesserung des Betreuungsverhältnisses durch mehr Dozentinnen und Dozenten mit fairen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und den freien Masterzugang für alle! Von alleine werden sich die Kultusministerien und Hochschulleitungen nicht bewegen. Deshalb haben die Studierenden, Schülerinnen und Schüler recht, die dafür auf die Straße gehen möchten. Die Lage ist prekär. Doch der Herbst wird heiß.

*Dr. Andreas Keller, Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand*

*BAföG jetzt fit für die Zukunft machen*

# Vierzig Jahre Bundesausbildungsförderungsgesetz

**Ausbildungsförderung – kein Gnadenakt, sondern ein Rechtsanspruch. Für diesen Paradigmenwechsel steht die Verabschiedung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) vor 40 Jahren.**

Vor 1971 sorgte zwar bereits das so genannte „Honnefer Modell“ für eine Förderung. Anders als der Vorläufer des BAföG, das 1957 geschaffene „Honnefer Modell“, das „begabten“ Studierenden eine Ausbildungsförderung gewährte, gab es aber von nun an einen einklagbaren, gesetzlichen Rechtsanspruch auf Ausbildungsförderung. In den ersten Jahren entfaltete das BAföG eine enorme Wirkung. 1972 wurde mit 45 Prozent annähernd jede zweite Studentin beziehungsweise jeder zweite Student gefördert. Die Gefördertenquote fiel danach jedoch innerhalb von nur zehn Jahren von 45 Prozent (1972) auf 30 Prozent (1982) ab. Nach einem vereinigungsbedingten Zwischenhoch (1991: 26 Prozent) ging die Gefördertenquote erneut zurück, um 1998 bei einem Allzeit-Tief von nur noch 13 Prozent anzukommen. Heute (2008) liegt die Gefördertenquote bei 17 Prozent (Angaben für 2008).

## BAföG kommt nach Eltern und Nebenjob

Von dieser Minderheit der BAföG-EmpfängerInnen bezieht die Hälfte Förderbeträge von bis zu 350 Euro monatlich, rund ein Viertel erhält sogar nur bis zu 200 Euro. Studierende, die BAföG-Leistungen beziehen, erhalten im Durchschnitt 321 Euro. Die durchschnittlichen Lebenshaltungs- und Studienkosten liegen aber nach den Ergebnissen der jüngsten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks bei 762 Euro monatlich. Im Durchschnitt decken Studierende nur noch 15 Prozent ihrer Lebenshaltungskosten mit dem BAföG, zu 48 Prozent stammen die Mittel von den Eltern, weitere 26 Prozent werden durch eigene Verdienste aufgebracht.

Diese Entwicklung ist Folge eines systematischen Ausverkaufs der staatlichen Ausbildungsförderung. Einer der gravierendsten Einschnitte erfolgte 1983 durch die Regierung Kohl. Zum einen wurde die Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen praktisch abgeschafft. Zum anderen wurde die studentische Ausbildungsförderung auf ein Volldarlehen umgestellt, das nach dem Studium zu 100 Prozent zurückgezahlt werden musste.

## Seit 1990: Fifty-fifty

Dieser harte Einschnitt wurde zwar 1990 teilweise korrigiert: Die Förderung wird seitdem zu 50 Prozent als Zuschuss und zu 50 Prozent als Darlehen gewährt. Die Studierenden der Jahre 1983 bis 1990 blieben gleichwohl auf ihren Schuldenbergen sitzen, die auf bis zu 60.000 D-Mark pro Kopf angewachsen waren.

Permanent ausgehöhlt wurde das BAföG darüber hinaus durch die äußerst schleppende Anpassung der Freibeträge und Bedarfssätze an Preissteigerungen und Lebenshaltungskosten. Unter Verweis auf die ungünstige finanzwirtschaftliche Entwicklung wich der Gesetzgeber wiederholt von den Empfehlungen der von der Bundesregierung vorgelegten BAföG-Berichte ab. Von 2002 bis 2008 gab es keinerlei Anpassung der Freibeträge und Bedarfssätze.

## Immer noch keine Chancengleichheit

In Folge dessen sind die Bildungschancen in Deutschland nach wie vor sehr unterschiedlich verteilt. Während von 100 Akademikerkindern 71 ein Hochschulstudium aufnehmen, sind es bei Familien ohne akademischen Hintergrund nur 24 von 100 Kindern (nach Angaben der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks). Kinder aus Selbstständigen- und Beamtenfamilien mit akademischem Hintergrund haben eine fünf Mal so große Chance auf ein Hochschulstudium wie Kinder aus Arbeiterfamilien.

Chancengleichheit im demokratischen Sozialstaat ist ohne ein starkes BAföG gar nicht denkbar. Die Bildungsgewerkschaft GEW fordert daher die Sicherung, den Ausbau und die Weiterentwicklung der staatlichen Ausbildungsförderung.

## Forderungen für ein starkes BAföG

Dazu gehört erstens eine regelmäßige Anpassung der Fördersätze an Lebenshaltungskosten und Einkommensentwicklung. Es kann nicht sein, dass die BAföG-Sätze nach Kassenlage der Finanzminister nur alle paar Jahre und ein paar Prozentpunkte erhöht werden. Wer auf das BAföG angewiesen ist, muss davon auch wirklich leben können.

Zweitens müssen endlich wieder Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II an allgemein bildenden Schulen gefördert werden. Nur 45 Kinder von Nichtakademikerfamilien besuchen nach der zehnten Klasse eine weiterführende allgemeinbildende Schule, die zum Abitur oder zur Fachhochschulreife führt. Bei Akademikerkindern sind es 81 von 100 Kindern (nach der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks). Wer Chancengleichheit beim Hochschulzugang möchte, muss schon beim Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II ansetzen.

Drittens sollte der Darlehensanteil im BaföG zurückgeführt, der nicht rückzahlungspflichtige Zuschuss aufgebaut werden – mit der Perspektive eines elternunabhängigen Studienhonorars. Warum sollte nicht auch für Studierende gelten, was bei Auszubildenden in der dualen Berufsbildung selbstverständlich ist: dass man, statt Lehrgeld zu bezahlen, eine Ausbildungsvergütung bezieht?

Diese Reformen sind finanzierbar, wenn im Gegenzug die ausbildungsbezogenen Leistungen wie Kindergeld oder steuerliche Freibeträge, die heute den Eltern von Studierenden zugute kommen, in die Ausbildungsförderung integriert und an alle Studierenden direkt ausgezahlt werden. Und wenn die Bundesregierung die über 400 Millionen Euro, die künftig Jahr für Jahr ins „Deutschland-Stipendium“ fließen wollen, in eine BAföG-Reform investieren würde. Diese käme allen Studierenden zu Gute – nicht nur einer von privaten Sponsoren ausgewählten Elite.

Vierzig Jahre BAföG sind also ein Grund zum Feiern, aber nicht, sich entspannt zurückzulehnen. Wer es ernst meint mit der von Bundeskanzlerin Angela Merkel beschworenen „Bildungsrepublik Deutschland“, muss das BAföG jetzt fit für die Zukunft machen und die staatliche Ausbildungsförderung sichern, ausbauen und weiterentwickeln.

*Dr. Andreas Keller ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW Er leitet den Vorstandsbereich Hochschule und Forschung*

Service

# Die wichtigsten Fragen zum BAföG-Antrag

### Wer hat Anspruch auf BAföG?

Anspruch auf BAföG haben SchülerInnen von Schulen der beruflichen Bildung und Studierende an staatlich anerkannten Hochschulen, in Ausnahmefällen auch SchülerInnen von allgemeinbildenden Schulen. Es setzt voraus, dass die Auszubildenden keine hinreichenden eigenen Mittel haben, die Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten zu tragen. Daher wird BAföG gezahlt, solange Einkommen und Vermögen der Auszubildenden und das Einkommen der Ehegattin oder des Ehegatten beziehungsweise der Eltern die jeweiligen Freibeträge nicht übersteigen. In Ausnahmefällen wird BAföG „elternunabhängig gezahlt“.

### Welche Ausbildungen werden gefördert?

Durch BAföG können alle Ausbildungen an berufsbildenden Schulen, Fach- und Fachoberschulen, Kollegs, Akademien und Hochschulen gefördert werden. Ausbildungen an allgemeinbildenden Schulen (z. B. Gymnasium) werden nur in besonderen Ausnahmefällen gefördert.
Folgt ein Masterstudium einem abgeschlossenen Bachelorstudium, wird dieses gefördert, sofern bei Beginn die Altersgrenze von 35 Jahren noch nicht überschritten wurde.

### Wird auch der zweite Bildungsweg gefördert?

Weil betriebliche Ausbildungen durch BAföG nicht gefördert werden, werden Auszubildende des klassischen zweiten Bildungsweges in besonderem Maße durch BAföG gefördert. Wer also z. B. nach einer drei Jahre dauernden berufsqualifizierenden Ausbildung an einer Berufsfachschule noch die Fachhochschulreife an einer Fachoberschule nachholt und anschließend studiert, bekommt u. U. alle Ausbildungsabschnitte durch BAföG gefördert

### Wo und wie stelle ich den Antrag?

Für die Förderung von Studierenden ist i.d.R. das BAföG Amt beim Studentenwerk zuständig. Bei unverheirateten kinderlosen SchülerInnen ist es vorwiegend das Amt des Kreises oder der kreisfreien Städte am Wohnsitz der Eltern. Bei der Antragstellung sind auf jeden Fall die amtlichen Formblätter zu benutzen. Eigene „Formblätter“ – und seien sie noch so kreativ – führen letztlich zur Ablehnung des Antrags wegen „fehlender Mitwirkung“. Zur Fristwahrung kann der Antrag auch formlos gestellt werden. Dies kann wichtig sein, da BAföG frühestens vom Antragsmonat an gezahlt wird. Man kann dann später die Unterlagen vervollständigen.

### Wo bekomme ich die Antragsunterlagen?

Die notwendigen Antragsunterlagen findet Ihr auf der Seite des BMBF unter www.das-neue-bafoeg.de.

### Wann muss ich den Antrag stellen?

Wenn möglich ca. zwei bis drei Monate vor Ausbildungsbeginn. Spätestens im ersten Monat der Ausbildung, denn der BAföG-Anspruch entsteht frühestens im Monat der Antragstellung.

### Kann ich auch nach Semester-/Ausbildungsbeginn den Antrag stellen?

Ja, man kann dies jederzeit nachholen. Das BAföG wird aber nicht rückwirkend, sondern erst ab dem Monat der Antragstellung gezahlt.

### Gibt es Überbrückungsgeld, bis das BAföG erstmalig ausbezahlt wird?

Wurde der Antrag rechtzeitig gestellt, alle Unterlagen vollständig eingereicht und hat die Verzögerung lediglich amtsinterne Gründe, kann ein Überbrückungsdarlehen der Bundesagentur für Arbeit oder des jeweiligen Studentenwerks helfen. Bei Erstantragstellung muss das BAföG Amt von sich aus zehn Kalenderwochen nach Vorliegen des vollständigen Antrags eine Abschlagzahlung in Höhe von max. 360 Euro leisten. Gelegentlich muss man die Ämter an diese Pflicht erinnern.

### Wie viel darf ich dazu verdienen?

SchülerInnen und Studierende dürfen als ledige, kinderlose Erwerbstätige in unselbstständiger Arbeit in einem 12-monatigen Bewilligungszeitraum insgesamt 4.800 Euro brutto verdienen. Ob dies in gleichmäßigen Monatsbeträgen (also 400 Euro/brutto pro Monat) geschieht oder in wenigen Wochen (z. B. in den Semesterferien) ist für das BAföG belanglos.

### Ich habe ein Kind, bekomme ich dann mehr BAföG?

Ja, über den Kinderbetreuungszuschlag im BAföG. Für das erste Kind beträgt er 113 Euro pro Monat, für jedes weitere Kind 85 Euro pro Monat.

### Wie lange bekomme ich BAföG?

Bei Hochschulausbildungen bestimmt die Regelstudienzeit die Förderungshöchstdauer, sonst die Ausbildungsverordnung der Schule. Studierende können über die Förderungshöchstdauer hinaus gefördert werden, wenn sich das Studium aus „schwerwiegenden Gründen“ verzögert hat. Dazu zählen unter anderem: Krankheit, Kindererziehungszeiten, Behinderung, Schwangerschaft, Gremientätigkeit, erstmaliges Nichtbestehen der Abschlussprüfung

### Bis zu welchem Alter werde ich gefördert?

Wer vor Beginn des Ausbildungsabschnittes (Studium/Schule) das 30. Lebensjahr vollendet, bekommt nur noch in wenigen Ausnahmefällen BAföG. Ausschließlich beim Master-Studium gilt eine Altersgrenze von 35 Jahren. Wird man während der Ausbildung 30, hat dies keine Auswirkungen.

### Wird auch ein Masterstudium gefördert?

Ja, folgt einem Bachelor-Abschluss ein Masterstudium, ist auch dieses förderungsfähig. Ein fachlicher Zusammenhang zwischen Bachelor- und Masterstudium ist für die BAföG-Förderung nicht erforderlich. Die Ausbildungsabschnitte müssen nicht unmittelbar aufeinanderfolgen, es kann durchaus eine Phase der Berufstätigkeit dazwischen liegen. Zur Altersgrenze s.o.

### Gibt es auch für Ausbildungen im Ausland BAföG?

Studierende können an ausländischen Hochschulen innerhalb der EU (einschließlich der Schweiz) vom ersten Semester an gefördert werden. Sie können jederzeit das Studium in einem EU-Land fortsetzen. Ein Wechsel der Hochschulen innerhalb der EU wird dabei nicht anders behandelt als ein Wechsel der Hochschulen in Deutschland. Sie können auch im Rahmen eines Studiums im Inland oder in einem Land der EU, für die Dauer eines Jahres ihr Studium in einem anderen Land betreiben.

*Udo Gödersmann, Mitglied der GEW-Projektgruppe „Soziale Öffnung der Hochschule“*

BAFöG? Studienhonorar? Oder spendable Eltern?

*Bildungsfinanzierung als Verteilungsfrage*

# Überlegungen zu einem Bildungsgeld

**Der 40. Geburtstag des BAföG ist ein guter Zeitpunkt, das Erreichte zu feiern, war das BAföG und seine konkrete Ausgestaltung doch stets umkämpft. Der Geburtstag ist jedoch auch ein guter Zeitpunkt, Anforderungen für die Weiterentwicklung der Studienfinanzierung zu formulieren. Hierbei ist von Seiten der Studierenden immer wieder die Problematik der Elternabhängigkeit des BAföG kritisiert worden.**

Eine hierzu bereits länger diskutierte Alternative ist das Studienhonorar, wobei sich die Argumente seit der 1961 verfassten Denkschrift ›Hochschule in der Demokratie‹ des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) bis heute partiell verschoben haben. Insoweit das Studienhonorar als Entgelt für das Studium als gesellschaftlich wertvolle Arbeit beschrieben wird, ist es meist mit der Vorstellung verknüpft, dass es allen Studierenden zustehen soll. Gleichwohl gehen andere Forderungen davon aus, dass die Förderung zwar nicht mehr von den Eltern, wohl aber weiterhin vom Einkommen und Vermögen der Studierenden selbst abhängen soll – grundsätzlich also eine nachrangige Sozialleistung bleibt.

Gemeinsam ist den Modellen jedoch der Wunsch, die Elternunabhängigkeit der Studienfinanzierung sicherzustellen. Dieses Anliegen ist zu unterstützen, allerdings greift es zu kurz, wenn nur auf die Studienfinanzierung geschaut wird. Es sind bei der Einführung mindestens drei Problemkreise zu beachten. Erstens würde die Einführung des Studienhonorars ohne weitere Maßnahmen zu einer falschen Umverteilung führen, zweitens stellt sich die Frage, was mit erwachsenen Menschen in anderen Ausbildungszweigen geschieht und drittens stellt sich die Frage des Unterhaltsanspruchs der Honorarempfangenden gegen die Eltern.

## Umverteilen – aber richtig!

Zusätzliche staatliche Mittel können eingesetzt werden, um Bildungsbenachteiligung zu überwinden. Dann profitieren hiervon vor allem die Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten. So könnte etwa der Darlehensanteil des BAföG in einen Zuschuss umgewandelt oder das sogenannte Mittelstandsloch überwunden werden. Sie können aber auch eingesetzt werden, um allen Studierenden ein Studienhonorar zu finanzieren – dann profitieren genau diejenigen, die heute BAföG erhalten, am wenigsten. Im Gegenteil: Eltern mit ausreichenden Einkünften sparen sich die Zahlungen an ihre Kinder, da diese ja ein Studienhonorar erhalten, und vererben das Gesparte später an diese Kinder. Dabei geht es um erhebliche Summen: Der Lebensunterhalt eines Studierenden liegt laut Deutschem Studentenwerk bei 762 Euro im Monat. Rechnet man die heutigen staatlichen Ausgaben für das BAföG und die Leistungen des Familienleistungsausgleichs dagegen verbleiben zusätzliche Kosten in Höhe von gut 15 Milliarden Euro für ein Studienhonorar an alle Studierenden!

Dieses Geld würde nur Studierenden zu Gute kommen – und nicht erwachsenen Menschen in beruflichen und vollzeitschulischen Bildungsgängen. Dies ist kaum zu begründen – und da die 15 Milliarden Euro aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren sind: Eine falsche Umverteilung. Daher müssten eigentlich alle Erwachsenen in Ausbildung einbezogen werden. Wenn alle über 18-Jährigen in Ausbildung oder Studium, die keine Ausbildungsvergütung in Höhe der genannten 762 Euro erhalten, ein Erwachsenen-Bildungsgeld bekämen, dann summieren sich die Kosten auf etwa 24 Milliarden Euro.

Um dies zu finanzieren ist ein langfristiger Umbau des Sozialstaats notwendig. Erstens ist die Unterhaltspflicht der Eltern auf minderjährige Kinder zu begrenzen. Im Gegenzug erhalten die Eltern dann auch kein Kindergeld bzw. keine kindbezogenen Freibeträge mehr. Nun kann es aber nicht sein, dass Kinder aus finanzstarken Elternhäusern das Studium vom Staat – also von der Allgemeinheit – finanziert bekommen, und später das Geld, das die Eltern hierdurch gespart haben, auch noch erben. Daher müssen die Kosten des Bildungsgelds über massive erhöhte Steuern – sachlogisch wäre eine Erhöhung der Erbschafts- und Vermögenssteuer – eingezogen werden. Damit würde die Familienbindung des deutschen Sozialsystems beidseitig gelöst: es gäbe eine elternunabhängige Studienfinanzierung – und eine erhebliche Einschränkung bei der Vermögensübertragung innerhalb einer Familie.

Es muss klar sein: Die Elternunabhängigkeit der Studienfinanzierung ist ein richtiges Ziel. Die Forderungen nach einem Studienhonorar sind ein wichtiger Impuls, da die Debatte erst hierdurch wieder angestoßen wurde. Diese Debatte gilt es weiterzuentwickeln zu einem tragfähigen Gesamtkonzept, indem das Studienhonorar als ein Bestandteil aufgegriffen und durch Reformen des Steuer- und Sozialsystems ergänzt sowie um andere Bildungsgänge erweitert wird. Dies ist kurzfristig nicht umzusetzen, langfristig ist ein solches Modell jedoch anzustreben. Da es bereits heute erhebliche Probleme gibt muss es kurzfristig darum gehen, das BAföG schrittweise auszubauen.

*Klemens Himpele,*
*Referent beim GEW-Hauptvorstand*

*[1] Eine detailliertere Ausführung hierzu findet sich in Forum Wissenschaft 3/2011, herausgegeben vom Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und der GEW.*

*Alles nur geklaut!*

# Ein Denkmal für die unbekannte Promovendin

**Zu Guttenberg, Koch-Mehrin – ein Artikel, der mit diesen Worten anfängt, hat eigentlich seinen Themenkreis schon gänzlich abgesteckt: Plagiat als Spektakel. In diesem Jahr übertrumpfen sich der SPIEGEL, eigens geschaffene Internetportale und sogar die gute alte Tante ZEIT im neuen Sport Dissertationenversenken. Die Digitalisierung macht es möglich, und alle machen mit. Zunächst einmal ist das dann Parteipolitik („versenkst Du meinen, versenk ich Deinen") oder Mediendynamik (schnelle zehn Minuten Ruhm, die kein Hinterbänkler sich je gewünscht hätte), aber dann hat es auch doch noch etwas mit den Verhältnissen im Wissenschaftssystem zu tun, mit denen sich nicht nur die Projektgruppe DoktorandInnen seit zehn Jahren beschäftigt. Und, sagt ‚die Wissenschaft' auch etwas dazu?**

Ja, es gab einen Protest gegen die laxe Beurteilung des wissenschaftlichen Fehlverhaltens. Vielleicht war der „offene Brief von DoktorandInnen an die Bundeskanzlerin" letztlich sogar ausschlaggebend, um die entscheidende Wucht in die Causa Guttenberg und diese weg vom ‚Kavaliersdelikt' zu bringen. Am Ende hatte dieser Brief knapp 64.000 Unterschriften motiviert. Und dieses Vorbild hat vielleicht die etablierten wissenschaftspolitischen Akteure von Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG) bis Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zum Jagen getragen, die dann auch im Fall Koch-Mehrin betont haben, durch eine Plagiatorin fühlten sie das Thema Forschung im Europäischen Parlament nicht gut vertreten. Die HRK hat einige Maßnahmen empfohlen, und einige Universitäten wie Bayreuth, Heidelberg oder Bonn haben schon üben können, wie man vor laufenden Kameras Doktortitel einkassiert. Es bewegt sich also auch etwas in der Wissenschaft?

## Problem Überbelastung

Das wäre zumindest zu wünschen. Es gilt, die Impulse aus der eher wissenschaftsfernen Diskussion über Prominente hinüberzuretten in die Diskussion über die Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft, und auch über die ‚unbekannte Promovendin' zu reden. Ansatzpunkte sind durchaus vorhanden:
Die Arbeitsbelastung als Fehlerquelle: nicht nur Herr zu Guttenberg hat seine Dissertation (ihm zufolge) in mühevoller Kleinarbeit, nachts und am Wochenende, in der Dauerbelastung von ‚promotionsfremden Aufgaben' als Abgeordneter und als Familienvater, angefertigt. Auch an den Universitäten und in den Forschungseinrichtungen sind in den letzten Jahren viele Belastungen in der Befehlskette nach unten gegeben worden, und die DoktorandInnen schwitzen in Kettenverträgen eher dabei, Drittmittelprojekte fertigzustellen oder zusätzliche Studierendenschübe zu bewältigen, als an ihrer Dissertation. Die Promotion wird schnell als Freizeitvergnügen an den Rand geschoben und die Probleme oftmals im Bewusstsein aller Beteiligten an den Rand gedrückt. Von einer Qualifizierungsphase wie sie der GEW vorschwebt, in der die Qualifizierung genauso im Mittelpunkt steht wie eine angemessene Absicherung, ist die Realität weit entfernt – aber wäre dies nicht Voraussetzung für eine ehrliche Diskussion über die Produktionsverhältnisse, unter denen Dissertationen entstehen?

## Abschied von der Tonnenideologie

Die Verantwortung der Universitäten: Wenn die Debatte dazu führen könnte, dass sich die Universitäten auf ihre Verantwortung für die DoktorandInnen besinnen würden, wäre dies auch eine positive Folge. Unis, die heutzutage noch nicht einmal wissen, wer aktuell wo promoviert, sollten sich in die Lage versetzen, DoktorandInnen aktiv anzusprechen und von den BetreuerInnen eine echte Qualifizierungsleistung zu verlangen. Dass zu einer Betreuung ein Kontakt zwischen Doktoreltern und DoktorandInnen gehört, der einmal jährlich zu wenig ist, könnte sich dabei herumsprechen und dazu beitragen, dass sich klare Standards etablieren. Aber die Uni darf auch den Kontakt nicht allein den Doktoreltern überlassen, und muss die Beratungsangebote von GraduiertenkoordinatorInnen, die MentorInnensysteme und auch den Austausch unter den DoktorandInnen fördern.
Weg von der Tonnenideologie: In der Wissenschaft muss heute alles zählbar sein, um zu zählen – das sind Drittmittel, Publikationen und Dissertationen. Bei den Publikationen gibt es Versuche, aus diesem Hamsterrad wieder auszusteigen und mehr auf Qualität als auf Quantität zu achten. Wie kann man das für Dissertationen erreichen? In anderen Ländern ist eine Trennung von Betreuung der Arbeit und Bewertung völlig normal, und vielleicht sollte auch in Deutschland eine Arbeit, die von fach- und universitätsexternen GutachterInnen hervorgehoben wird, mehr Punkte bringen.
Titeljagd abbauen: In Deutschland ist mittlerweile in vielen außerwissenschaftlichen Bereichen ein Doktortitel förderlich oder sogar indirekt verlangt. In der Folge versuchen viele HochschulabsolventInnen die Promotion unter widrigsten Bedingungen anzufertigen, um am Ende damit den Posten zu besetzen, den sie zehn Jahre früher auch ohne Titel bekommen hätten. Aus der Wissenschaft heraus lässt sich nicht einfach gegensteuern, aber eine intensive Beratung der Promovierenden, ob der Titel denn wirklich nötig ist, und ob die Belastungen durch die Doktorarbeit realistisch eingeschätzt werden, und letztlich auch klare Anforderungen an Fortschritte der Promotion – all das könnte helfen die Qualifizierungsspirale zu stoppen. Auch das Thema Promotionsabbruch wäre damit weniger tabuisiert– auch wenn schon heute ein hoher Prozentsatz der hoffnungsvoll startenden Promovierenden nie am Ziel ankommt, wird doch darüber bislang kaum diskutiert.

*Ein Mahnmal für alle Promovierenden*

## Fehlverhalten ahnden

Fehlverhalten ahnden – überall: Auch die auf Einzelpersonen bezogene Skandalisierung in der diesjährigen Debatte kann genutzt werden. Schließlich führt das Bestehen auf ‚guter wissenschaftlicher Praxis' immer wieder auf die dahinter stehenden Machtverhältnisse zurück und kann nicht so einfach auf den DoktorandInnen abgeladen werden. Wenn die Uni geklaute Zitate in Dissertationen ahndet wird sie auch aktiv werden müssen, wenn Doktorväter ihren Promovierenden Ideen oder Ergebnisse stehlen oder sich am Ende aller Mühen schnell noch als Koautor auf die Publikation setzen.
Insofern bleibt zu hoffen, dass aus der ‚Plagiatsdiskussion' möglichst bald eine Diskussion über die Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft wird. Vielleicht erheben ja die Zehntausenden DoktorandInnen demnächst auch in eigener Sache das Wort. Treffpunkt der Demonstration: das Denkmal der unbekannten Promovendin.

*Johannes Moes für die GEW-Projektgruppe DoktorandInnen*

*Mehr Informationen über die Projektgruppe, unsere Positionen, Publikationen und Veranstaltungen sowie Möglichkeiten zum eigenen Engagement unter gew.de/ProG_DoktorandInnen.html*

*Hochschulfinanzierung*

# Hochschulautonomie nach den Gesetzen des Marktes

**Wie es um die Finanzierung der Hochschulen bestellt ist, zeigt sich an einigen brisanten Kooperationsabkommen, in denen Hochschulen Unternehmen ein alarmierendes Maß an Einfluss zugestanden haben.**

Wenn es den Zusammenhang zwischen Hochschulen und Ökonomie auch immer gegeben hat, so war dieses Verhältnis doch recht unterschiedlich gestaltet. Das Modell für gegenwärtige Kooperationen finden wir dabei weniger in der Floskel gewordenen „Hochschulautonomie“, sondern in Bertolt Brechts „Galileo Galilei“ trefflich auf den Punkt gebracht: „Ich verstehe: freier Handel, freie Forschung. Freier Handel mit Forschung, wie?“ formuliert hier der „Lehrer der Mathematik“, der sein Fach noch als politische Wissenschaft verstand.
Eine Erkenntnis, die sich auch dem verdankt, dass Galilei sich zwischen zwei Modellen befindet. Es sind die Modelle von Florenz einerseits und Venedig andererseits, die hier mit ihren Universitäten pars pro toto für eine Gesellschaftsordnung nebeneinandergestellt werden. Mit ihnen sieht sich Brechts Galilei konfrontiert – und dies in misslicher Lage: In der frühbürgerlichen Handelsstadt Venedig kann er zwar frei forschen, ohne ideologisch auf ein kirchliches Weltbild verpflichtet zu sein oder Abhängigkeitsverhältnisse legitimieren zu müssen wie im Feudalstaat Florenz. Zugleich aber wird die Wissenschaft in jenem anderen Modell, für welches hier Venedig steht, nicht ohne Weiteres großzügig bedacht, sondern auf Rentabilität verpflichtet.

## Von der Markusrepublik zum Matthäusprinzip?

Was für Galilei eine forschungsethische Zwickmühle darstellt, scheinen viele Hochschulen heute nicht mehr als Problem zu begreifen. 2011 kam ein 2006 von der Deutschen Bank mit der Humboldt Universität und der TU in Berlin geschlossener Vertrag an die Öffentlichkeit. Für die finanzielle und personelle Unterstützung von „Quantitative Projects Labratory“, einer 2007 gegründeten Forschungseinrichtung im Bereich der Finanzmathematik, hatte die Bank eine Summe von jährlich drei Millionen Euro bereit gestellt. Offenbar erhoffte man sich dabei nicht nur indirekte Vorteile aus Forschungsergebnissen, sondern ließ sich in einem „Sponsor- und Kooperationsvertrag“ unmittelbare Einflussmöglichkeiten auf Forschung und Lehre selbst zusichern. Nachdem der Vertrag öffentlich gemacht wurde, kursierte eine Vielzahl der darin enthaltenen Zusagen alsbald in der Presse. Neben der Möglichkeit von Lehraufträgen für Mitarbeitende der Deutschen Bank, Mitspracherechte bei der Besetzung von zwei Professuren sowie Werbemöglichkeiten an der Hochschule hatte sich die Deutsche Bank laut Vertrag obendrein auch ein Veto-Recht bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen zusichern lassen: „Alle Arbeitsergebnisse der Universitäten oder ihrer Mitarbeiter, die im Rahmen dieses Kooperationsvertrages entstehen, sind der Deutschen Bank […] zur Freigabe vorzulegen“.
Dass dies der grundgesetzlich verankerten Freiheit von Forschung und Lehre Hohn sprach, erkannte nicht nur der Politikwissenschaftler Peter Grottian, der den Vertrag als ein „Dokument ungeschminkter Dreistigkeit“ bezeichnete. „Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier Wissenschaft eingekauft werden sollte“ erklärte auch Michael Hartmer, Geschäftsführer des Deutschen Hochschulverbandes und merkte an: „Beim besten Willen: Das ist keine normale Drittmittelvereinbarung“. Inzwischen nahmen sowohl Deutsche Bank wie auch die Humboldt Universität vom Vertrag Abstand und lassen ihn in der Form auslaufen.
Auch der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, die Interessenorganisation der deutschen Unternehmerschaft, hat derweil auf die schlechte Presse reagiert. Er sprach sich gegen Geheimverträge aus und hat im August einen „Kodex“ für entsprechende Kooperationen vorgelegt. Zu lauteren Verträgen sollen sich die Unternehmen demnach auf Basis des von der wirtschaftlichen Interessenorganisation festgelegten Katalogs verpflichten – auf freiwilliger Basis.
Auch an der Universität Bremen spitzte sich jüngst die Situation zu. An die Weiterführung einer dort eingerichteten Stiftungsprofessur im Bereich der Raumfahrttechnologie knüpfte der Vorsitzende des Bremer Konzerns OHB die Bedingung, dass die Hochschule die sogenannte Zivilklausel fallen lasse, mit der die Hochschule ihre Forschung auf friedliche Zwecken verpflichtet. Während die Studierenden in Bremen mobil machen und Unterschriften für die Zivilklausel sammeln, läuft an der Uni Köln ein Rechtsstreit. Er hat einen Kooperationsvertrag mit dem Pharmakonzern Bayer AG zum Gegenstand. Was hier alles vereinbart wurde, lässt sich indessen so genau nicht sagen, denn die Hochschule verweigert bislang dessen Veröffentlichung.

## Hochschulautonomie heute: Politik der leeren Kassen...

Die Geschehnisse in Berlin, Bremen und Köln kommen nicht von ungefähr, sondern haben ihre Vorgeschichte. Seit der Bildungsexpansion in den 1970er Jahren hat es zwar kleinere Sonderprogramme, aber keinen Ausbau der grundständigen Finanzierung der Hochschulen mehr gegeben. Finanziell trocken gelegt suchen die Hochschulen nach Finanzierungsquellen und lassen sich dabei auch auf windige Bedingungen ein. Es sind nicht nur Einzelfälle, in denen die grundgesetzlich verbriefte Freiheit von Forschung und Lehre am Markt feilgeboten wird.

## ...und smoothe Regierungstechniken

Die beschriebenen Fälle von „Kooperationen“ sind nur ein Teil gegenwärtiger Ökonomisierungstendenzen im Hochschulbereich. Neben der Reduktion von Praxisorientierung auf employability wurde im Bologna-Prozess die Frage nach der Qualität von Studium nicht als Aufgabe einer demokratischen Beteiligung gestellt. Das Akkreditierungsgeschäft, Evaluationsmaschinerie und sogenannte Qualitätsmanagementsysteme stellen Instrumente der Scheinbeteiligung an einer postdemokratischen Hochschule dar, in denen die Betroffenen als Beteiligte mitmachen, ohne wirklich etwas ändern zu können. Die damit verbundene Qualitätsindustrie ist hierbei nicht nur geschmeidige Regierungstechnik, sondern mitunter auch ein lukratives Geschäft.

## Commons statt Kotau!

Brechts Galilei stand noch am Beginn der Gründung moderner Universitäten, also noch bevor diese sich als eigene Interessenbereiche institutionalisierten und im Zuge der Herausbildung einer Sphäre des Sozialen in der bürgerlichen Gesellschaft so etwas wie ein Stück Autonomie herausbildeten. So gesehen stand er am Beginn einer Entwicklung, mit deren Ende wir heute konfrontiert sind: In gegenwärtigen Ökonomisierungstendenzen wird die öffentliche Bildung nämlich ebenso wie Bereiche der medizinischen Versorgung, der Altersvorsorge und des Sozialen überhaupt unter den Standpunkt der ökonomischen Verwertbarkeit subsumiert. Das sind eben just die Bereiche, die ehedem die soziale Infrastruktur einer Gesellschaft garantieren sollten und jene Sphäre von Öffentlichkeit schufen, welche die Bedingung bürgerlicher Demokratie war.
Neben den restaurativen Erscheinungen um Patente und Public-Private-Partnerships, die sich gegenwärtig an den Grenzen von Wissensproduktion und Ökonomie abspielen, gibt es indessen auch Projekte der Commons und Open Source. Bei Lichte betrachtet mögen sich diese als Keimformen für nachhaltigere Modelle erweisen – insofern sie gesellschaftlich produktiver sind.

*Sven Lehmann, Bundessprecher der GEW-Studierenden*

*Interview über Studentenverbindungen*

# Vitamin Braun

**Für Außenstehende ist die Vielfalt der Studentenverbindungen verwirrend. Dabei gibt es neben Unterschieden auch viele Gemeinsamkeiten, auf die sich alle Verbindungen berufen. Sie pflegen das Lebensbundprinzip, das die Bildung von Seilschaften ermöglicht. Fast alle Verbindungen schließen Frauen aus. Auch teilen sie ihre verhängnisvolle Geschichte, die durch Nationalismus, Militarismus und Antisemitismus geprägt ist. Dem entspricht eine lokal wie überregional institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den Verbänden. Verschiedene Studentenverbindungen berufen sich auf völkische Grundsätze. Insbesondere bei der Deutschen Burschenschaft sind personelle Überschneidungen mit neofaschistischen Organisationen anzutreffen. Großdeutsche Politik findet sich jedoch auch in anderen Dachverbänden. Und mittlerweile hat der extreme Flügel der studentischen Verbindungen auch ein entsprechend organisiertes Pendant unter den Schülerverbindungen. (mit freundlicher Genehmigung des Unrast Verlages)**

***Wie schätzen Sie die aktuelle Entwicklung in der Deutschen Burschenschaft ein, besonders im Hinblick auf die Ereignisse beim jüngsten Burschentag?***

In der Deutschen Burschenschaft (DB) hat weiterhin der Rechtsaußen-Flügel die Mehrheit und das Sagen. Zwar wurde auf dem Burschentag der Antrag zurückgezogen, Männern mit nichtdeutschen Vorfahren ausdrücklich den Beitritt zu einer DB-Burschenschaft zu verbieten. Die Ursache war allerdings rein taktischer Natur: Nachdem Spiegel Online den Antrag als „Arierparagraphen“ bezeichnet hatte, hätte man ihn nicht verabschieden können, ohne ein komplettes PR-Desaster anzurichten. Das ändert gar nichts daran, dass in der DB ungebrochen de facto das Abstammungsprinzip gilt. Es wird nur von sehr wenigen Burschenschaften vom liberaleren Rand des Dachverbandes in Frage gestellt. Auch die Versuche des Rechtsaußen-Flügels, die gesamte DB weiter nach rechts zu rücken, dauern an. Dies zeigt sich zum Beispiel an der Verbandszeitschrift, den Burschenschaftlichen Blättern, die inzwischen sogar NPD-Funktionsträgern Raum geben, um ihre Ansichten zu vertreten. Entwarnung kann da nicht gegeben werden.

***Gibt es seit dem Eklat um den diesjährigen Burschentag in der Öffentlichkeit eine intensivere kritische Auseinandersetzung mit den Burschenschaften?***

Im Moment gibt es durchaus Ansätze für eine kritische Auseinandersetzung in etwas größerem Ausmaß als zuvor. Der Eklat hat ein breites Medienecho hervorgerufen, auch über die Münchener Feiern der Burschenschaftlichen Gemeinschaft zu ihrem 50-jährigen Bestehen Mitte Juli wurde durchaus kritisch berichtet, es gab Proteste. Ob das aber mehr ist als nur ein Strohfeuer, das muss man abwarten.

***Wie verhalten sich Burschenschaften denn gegenüber studentischen Gremien? Treten sie selbst bei Wahlen zum Studierendenparlament an?***

Gelegentlich schon. Manchmal gründen sie eigene Listen, in aller Regel nicht unter ihrem eigenen, sondern unter völlig unverdächtig klingenden Namen wie etwa „Liste Unabhängiger Studierender“. Nicht selten kandidieren Burschenschafter auch für Hochschulgruppen großer Parteien, vor allem für den RCDS. In den letzten Jahren hat der RCDS gelegentlich Burschenschafter ausgeschlossen, weil sie allzu rechte Positionen vertreten haben. Burschenschafter waren gewöhnlich dabei, wenn Parteien der extremen Rechten, in den 1990er Jahren etwa die REP, vorher die NPD, über Hochschullisten bei Wahlen zum Studierendenparlament kandidierten. Mitglieder anderer Studentenverbindungen sind auch schon für Hochschulgruppen anderer Parteien angetreten, etwa für die Jusos.

***Wie werben Burschenschaften um neue Mitglieder? Welche Rolle spielen Wohnungsangebote auf Zimmervermittlungseiten im Internet?***

Burschenschaften haben schon immer unbedarfte Studenten mit billigen Wohngelegenheiten in ihren Häusern angelockt. Wer dort einzieht, sieht sich in aller Regel mehr oder weniger deutlichen Anwerbeversuchen ausgesetzt. Daneben spielen weiterhin Familientraditionen eine gewisse Rolle: Burschenschafter legen es ihren Söhnen nicht selten nahe, sich doch auch für den Beitritt zu einer Studentenverbindung zu entscheiden. Manche Burschenschaften bemühen sich gezielt, Mitglieder ganz rechtsaußen zu rekrutieren. Immer wieder schalten Burschenschaften etwa Werbeanzeigen in einschlägigen Zeitungen und Zeitschriften, etwa in der Wochenzeitung Junge Freiheit, um deren Leserschaft auf sich aufmerksam zu machen.

***Wie stehen die Burschenschaften zu dem Rechtsruck der Mitte, der anhand des Bucherfolges von Sarrazin deutlich geworden ist?***

Tatsächlich finden die Thesen von Sarrazin durchaus bei einer ganzen Reihe von Burschenschaften Zustimmung. Insgesamt kommt den Burschenschaften der Rechtsruck der deutschen Gesellschaft, der sich auch am Erfolg des Sarrazin-Buches zeigt, durchaus zugute – schließlich bewegt sich damit der gesellschaftliche Mainstream näher an die Positionen heran, die auch die Burschenschaften vertreten. Das erhöht die Akzeptanz der Burschenschaften auch unter den Studierenden, die ja nicht von der gesellschaftlichen Entwicklung abgetrennt sind.

*Das Interview führte Anne-Maika Krüger. Sie studiert in Rostock Geschichte und Philosophie auf Lehramt*

*Jörg Kronauer ist Sozialwissenschaftler und freier Journalist aus Köln. Es schreibt unter anderem für die Jungle World und die Konkret, hält Vorträge über Themen wie z.B. Burschenschaften und andere Studentenverbindungen aus antifaschistischer Sicht.*

***Felix Krebs / Jörg Kronauer „Studentenverbindungen in Deutschland – Ein kritischer Überblick aus antifaschistischer Sicht“ unrast transparent – rechter rand Bd. 6***

***Die Publikation ist direkt beim Unrast-Verlag (unrast-verlag.de) oder im Buchhandel ISBN: 978-3-89771-107-5 80 Seiten 7,80 Euro erhältlich.***

*Oktober 2011 bis Juni 2012*

# GEW-Seminare für Studentinnen und Studenten

**11/395* 21.–23.10.2011**
**Steinbach**
**Professionell beraten – Ein sozialpolitisches Schulungsseminar für erfahrene BAföG-BeraterInnen und SozialrefentInnen**
Es werden solche Problembereiche behandelt, welche die TeilnehmerInnen aus ihrer Arbeit selbst mitbringen. Darüber hinaus wird auf folgende Themen eingegangen: Erfahrungen mit der Hartz-IV-Gesetzgebung, Umsetzungsprobleme der 23. BAföG Novelle, Vorausleistungsverfahren, Bildungspaket, Änderungen im SGB II und Wohngeld. In Kleingruppen werden konkrete Fragestellungen gelöst.

**11/396* 17.–20.11.2011**
**Steinbach**
**Den Anspruch auf BAföG nutzen Ein sozialpolitisches Grundseminar für BAföG-BeraterInnen und SozialreferentInnen**
Das Seminar informiert zur Ausbildungsförderung/Sozialrecht und ihren gesetzlichen Grundlagen. Anhand konkreter Fälle werden folgende Fragen behandelt: Fachrichtungswechsel, Förderungsprobleme bei Bachelor-Master, Eignungsnachweis, Förderungsdauer, mit BAföG im Ausland, elternunabhängige Förderung, Vermögensanrechnung sowie ALG I, Elterngeld, GEZ, Kredite, Mieten, sonstige Finanzierungsmodelle, Sozialversicherung usw. Eingegangen wird ebenfalls auf die Anforderungen an das Beratungsgespräch.

**12/398* 3.–5.2.2012**
**Marktbreit**
**Von A wie Arbeitserlaubnis bis Z wie Zulassung – Zur Beratung ausländischer Studierender**
Das Seminar befasst sich mit den Regelungen des Aufenthaltsrechts und deren Auswirkungen auf das Studium von Ausländerinnen und Ausländern. Darüber hinaus geht es um die Integration ausländischer Studierender und ihre Aktivitäten an den Hochschulen. Schwerpunkt des Seminars ist die Schulung, die den AusländerreferentInnen bei der Beratung ausländischer Studierenden helfen soll. So wird intensiv eingegangen auf die aktuellen aufenthalts- und arbeitserlaubnisrechtlichen Bestimmungen für ausländische Studierende.

**12/399* 24.–26.2.2012**
**Steinbach**
**Professionell beraten I**
**Ein sozialpolitisches Schulungs-Seminar für erfahrene BAföG-BeraterInnen und SozialreferentInnen**
Das Schulungsseminar der GEW wendet sich an Studierende, die bereits in der BAföG- oder Sozialberatung aktiv sind und Erfahrungen mitbringen. Es werden Problembereiche aus der BAföG- und Sozialberatung behandelt, welche die TeilnehmerInnen aus ihrer Arbeit selbst mitbringen. Eingegangen wird auf folgende Themen: Erfahrungen mit der Hartz-IV-Gesetzgebung; Umsetzungsprobleme beim BAföG und Vorausleistungsverfahren, Änderungen im SGB II und Wohngeld.

Für die mit * gekennzeichneten Seminare erheben wir 75.- € Teilnahmegebühr.

**Informationen**
**bei Brigitte Eschenbach,**
**GEW-Hauptvorstand,**
**Tel.: 069/78973-313,**
**brigitte.eschenbach@gew.de**

## Impressum

**Herausgeber:**
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Hauptvorstand,
Postfach 900409
60444 Frankfurt/M.
Tel.: 069/7 89 73-0
Fax.: 069/7 89 73-201
info@gew.de
www.gew.de

**Redaktion:**
Dr. Andreas Keller (verantwortlich),
Brigitte Eschenbach, Ana Orias
Balderas, Sven Lehmann, Marco Unger

**Gestaltung:**
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144,
60439 Frankfurt

**Druck:** apm AG, Darmstadt

November 2011


## Kontakt zu den GEW-Studis in deinem Bundesland

***LASS Baden-Württemberg***
lass@gew-bw.de
www.gew-bw.de/Studium_4.html

***LASS Bayern***
info@gew-bayern.de

***LASS Berlin***
lass@gew-berlin.de
www.gew-berlin.de/lass.htm

***LASS Brandenburg***
lass@studiberatung-potsdam.de
www.studiberatung-potsdam.de

***LASS Bremen***
gewstudishb.blogspot.com

***LASS Hamburg***
studis@gew-hamburg.de
www.gewstudis.blogsport.de

***LASS Hessen***
studierende@gew-hessen.de

***LASS Mecklenburg-Vorpommern***
(über den Landesvorstand)
landesverband@mvp.gew.de
www.gew-mv.de

***LASS Niedersachsen***
lass@gew-nds.de
www.gew-niedersachsen.de/lass

***LASS Nordrhein-Westfalen***
lass.nrw@gmx.de
www.gew-nrw.de

***LASS Rheinland-Pfalz***
lass@gew-rlp.de

***LASS Saarland***
jungegew@gew-saarland.de
www.junge-gew-saarland.de

***LASS Sachsen***
lass@gew-sachsen.de

***LASS Sachsen-Anhalt***
lass@gew-lsa.de

***LASS Schleswig-Holstein***
info@gew-hsg.uni-kiel.de
www.gew-hsg.uni-kiel.de

***LASS Thüringen***
lass@gew-thueringen.de
www.gew-thueringen.de/
Studierende_LASS.html